

STEUERHINTERZIEHUNG**Dem Staat entgehen jährlich 20 Milliarden**

Bürgerliche Politiker heben gern hervor, dass es um die Steuermoral in der Schweiz deutlich besser stehe als im nahen Ausland. Wie gut, wollen sie aber lieber nicht wissen. FDP, SVP und CVP haben in der Finanzkommission des Nationalrats deshalb einen Vorstoss von Margret Kiener Nellen (SP) abgewiesen. Sie



Vorstoss: Margret Kiener Nellen

forderte vom Bund, dass er endlich eine seriöse Schätzung macht, wie viele Einnahmen ihm durch Betrug und Hinterziehung entgehen. Solange dies nicht geklärt sei, lasse sich keine seriöse Finanzplanung machen. Die SP-Politikerin lässt nicht locker. Sie reicht nun im Parlament eine gleichlautende Anfrage ein.

Durch Steuerhinterziehung entgehen dem Bund nach Meinung von Kiener Nellen Einnahmen von 17,96 Milliarden Franken pro Jahr. Das sind rund 23 Prozent des Bruttoeinkommens. Mit einer ähnlich hohen Zahl rechnet auch Economiesuisse. Christoph A. Schaltegger, heute Professor für politische Ökonomie in Luzern und zuvor Leiter der Finanz- und Steuerpolitik von Economiesuisse, hält eine Hinterziehungsquote von 20 Prozent für wahrscheinlich. Zum Vergleich: Durch legale Steuerschlupflöcher verzichtet der Bund auf Einnahmen von rund 21 Milliarden Franken.

Die SP will das Thema nun aufs Tapet bringen. Sie bereitet gleichlautende Vorstösse in verschiedenen Kantonen vor. Ziel dieses Vorhabens: eine personelle Aufstockung der Steuerverwaltungen, um Steuerhinterziehung und -betrug wirksamer verfolgen zu können.

Martin Vetterli